

Politische Rundschau. Deutschland.

* Der Kaiser nahm am Freitag abend an dem Diner teil, das der Oberpräsident Staatsminister v. Udenbach den Mitgliedern des Brandenburgischen Provinzial-Landtages gab.

* Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Dankfagung des Kaisers für die ihm zu seinem Geburtstag zugegangenen Glückwünsche.

* Der Kaiser empfing am Donnerstag die beiden neuen Bischöfe Willi (Limburg) und Erhart (Fulda) in Audienz.

* Die alten Gerüchte von einer Einmischung Deutschlands auf den Philippinen werden von unrichtiger Seite nochmals auf das bestimmteste widerlegt. Den Times wird nämlich aus Philadelphia vom Mittwoch gemeldet: Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. von Solleben, habe die Veröffentlichung einer Unterredung mit einem Berichterstatter erlaubt, in welcher der Botschafter jeden Gedanken einer Einmischung Deutschlands in das Vorgehen der Amerikaner auf den Philippinen zurückweist und sagt, Deutschland habe nie auch nur einen Augenblick lang den Gedanken gehegt, sich ein Gebiet auf den Inseln zu sichern.

* Der Reichskanzler veröffentlicht eine Bekanntmachung des Bundesrats, nach der für die Einrichtung und den Betrieb der Hochspinnereien, Haar- und Wollspinnereien sowie der Wärfen- und Pinselmachereien nähere Vorschriften getroffen werden, die den beteiligten Arbeitern eine bessere Sicherung gegen gefährliche Krankheitsstoffe gewähren sollen. Die Verordnung schreibt zu diesem Zweck eine Desinfizierung der aus dem Auslande bezogenen Werbe- und Minderhaare z. vor und verbietet die Verwendung jugendlicher Arbeiter bei den hierzu erforderlichen Vorrichtungen. Für größere Betriebe werden sodann noch ins einzelne gehende Bestimmungen über die Errichtung und Instandhaltung der Fabrikräume erlassen, die ebenfalls einen besseren Schutz der Gesundheit der Arbeiter gegen die Gefahren dieser Fabrikation gewährleisten sollen.

* Der Ländliche Staat hat durch Beschluß des Senats und der Bürgerchaft nun gleichfalls die Entscheidung für ungeschuldig Beurteilte gesetzlich festgelegt.

* Den Beamten in Ostafrika wird laut kaiserlichem Erlass ein militärischer Rang nicht mehr verliehen werden, nachdem mit der fortschreitenden Entwicklung des Schutzgebietes der Wirkungsbereich der Zivilverwaltung gegenüber den Aufgaben der Schutztruppe eine bestimmtere Abgrenzung erfahren hat.

Oesterreich-Ungarn.

* Die Vertagung des österreichischen Reichsrats hat unter den Abgeordneten aller Parteien große Aufregung hervorgerufen. Die Linke will eine gemeinsame Protestkundgebung der deutschen Oppositionsparteien an die Wählerchaft richten. Die deutschen Oppositionsblätter kündigen an, daß die Deutschen, ohne welche zu regieren in Oesterreich unmöglich sei, nunmehr alle Wege, welche gegen sie führen, rücksichtslos versperren werden, um den gerechten und viel zu lange verkannten Wünschen der deutschen Wähler in Oesterreich die ihnen gebührende volle Geltung zu verschaffen. Halbamtlich verlautet, daß nunmehr die Regierung die Lantage einberufen und, falls möglich, eine Ausgleichsaktion in Böhmen und Mähren betreiben wird.

Frankreich.

* Pariser Privatmeldungen zeigen deutlich, daß auch eine Ueberweisung der Revision an den gesamten Kassationshof die Anti-Revisionisten und Monarchisten nicht zur Ruhe bringen würde. Cassagnac erklärt bereits, die vereinigten Senate des höchsten Gerichts seien bereits ebenso verdächtig, wie der Strafsenat; zuverlässig und unbedächtig sei nur noch das Kriegsgericht von sieben Offizieren.

* Die Nationalisten kündigen die Regierung die Heresfolge in der Dreyfus-Affäre, weil Dupuy und Lebret, dem Wünsche der parlamentarischen Kommission willfahrend, die Rechtfertigung der angeklagten Kriminalkammer vor der Kommission gestatteten. Diese Rechtfertigung soll zunächst im schriftlichen Wege erfolgen.

* In der Deputiertenkammer wurde die Dringlichkeit für den Gesetzentwurf angenommen, wonach den Mitgliedern der Expedition Marchand ein Nationalgeschenk in Form einer lebenslänglichen Pension zugeteilt werden soll.

Schweden-Norwegen.

* König Oskar wird, wenn er vollständig genesen ist, eine Erholungsreise nach dem Süden antreten. Der König denkt am 1. L. nach Biarritz abzureisen. Gleichzeitig wird die Königin sich nach Cannes am Rhein begeben.

Spanien.

* Aus Madrid wird der Int. Kor. gemeldet: Die nordamerikanische Regierung hat der spanischen Regierung den überraschenden Vorschlag gemacht, sie wolle die spanischen Truppen, sowie alle spanischen Gefangenen, welche sich noch auf den Philippinen befinden, auf Kosten der Ver. Staaten nach Spanien zurückbefördern. Offenbar befürchtet man in Washington, daß die fernere Anwesenheit von Spaniern auf der Inselgruppe die Filipinos in ihrem Widerstande bestärken könne.

Balkanstaaten.

* Der Sultan hat an den Fürsten von Bulgarien eine in sehr warmen Ausdrücken gehaltene Beileidsdepesche gerichtet und dem Fürsten gleichzeitig mitgeteilt, daß er einen Hofwürdenträger mit einem Handschreiben für den Fürsten nach Sofia entsandt habe. Der Fürst von Montenegro hat gleichfalls eine Beileidsdepesche gesandt und eine dreiwöchige Hoftrauer angefangen. Wahrscheinlich haben auch andere Potentaten ihr Beileid ausgedrückt; der Telegraph berichtet aber nichts davon.

Amerika.

* Mac Kinley soll so abgespannt sein infolge des hartnäckigen Widerstandes des Senats gegen den Friedensvertrag, daß seine Gesundheit angegriffen erscheine. Andererseits hat Mac Kinleys Sekretär mitgeteilt, der Präsident sei müde und angegriffen wegen der schweren Aufgabe, die infolge des Krieges und der nachfolgenden Entwicklung der Dinge auf ihm gelastet habe; es sei jedoch nicht wahr, daß er in Gefahr sei, zusammenzubrechen. Die Gesundheit des Präsidenten sei ganz gut, er bedürfe nur ein wenig der Ruhe.

* Die seit einiger Zeit drohenden Unruhen in Uruguay sind nunmehr tatsächlich zum Ausbruch gekommen. Nach einem Telegramm aus Montevideo ist gegen den erwählten Präsidenten Cuevas eine aufständische Bewegung seitens der Partei der Colorado ausgebrochen. Ein Trupp von 200 Mann landete bei Carmelo und bemächtigte sich der Stadt.

Afrika.

* In Brätoria ist eine Konferenz von Abgeordneten der Südafrikanischen Republik und des Orange-Freistaates zusammengetreten, welche die staatlichen Einrichtungen beider Republiken in engere Uebereinstimmung bringen soll.

Asien.

* Die Nachrichten aus Peking, wonach die Kaiserin-Witwe bereits einen Thronfolger ausgewählt hat, lassen vermuten, daß der durch die letzte Palastrevolution allen Einflusses beraubte junge Kaiser Kuang-Hsi demnächst der „Krankheit“, deren tödlicher Ausgang schon damals in höchst verdächtigter Weise angekündigt wurde, bald erliegen wird. Der Kaiser ist noch immer in seinem, mitten in einem Leiche gelegenen kleinen Babilon im westlichen Teile des Palastes eingesperrt; die Zugbrücke, die nach dem Lande führt, darf er nur überschreiten, wenn die Kaiserin ihn zu sehen

wünscht. Das Eis, das sich jetzt um den Babilon bildet, wird sofort wieder zertrümmert, damit sich nicht etwa eine verdächtige Person dem Kaiser nahen könne.

Deutscher Reichstag.

Am 3. d. wird die zweite Staatsberatung bei der Post- und Telegraphen-Verwaltung fortgesetzt. Die Beratung beginnt mit den Einnahmen. Im Titel 1 sind die Porto- und Telegraphengebühren mit 335 1/2 Millionen (27 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre) eingestellt.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) spricht den Wunsch aus, daß die Vorlage, welche u. a. auch die Erhöhung des Meißengewichts für gewöhnliche Briefe von 15 auf 20 Gramm enthalte, recht bald an den Reichstag gelangen möge und befürwortet noch weiter gehende Erleichterungen bei der Beförderung von Drucksachen und Vervollkommnung der Fernsprech-einrichtungen. Das Vorschlag für gewisse Postsendungen würde immer mehr als eine Ungerechtheit empfunden, namentlich auf dem Lande.

Staatssekretär v. Bobbielski: Ein Teil der Inkonvenienzen sei bereits beseitigt. Die Vorschläge des Vorredners wegen der Drucksachen werde er in Erwägung ziehen. Ueber die Telephongebühren sei ein neues Gesetz ausgearbeitet worden, das er bereits dem Bundesrat vorgelegt habe. Im Telephonwesen würden noch weitere Ermäßigungen geschaffen werden, so Gesprächszähler für solche Teilnehmer, die den Apparat selten benutzen; auch mit der Einführung des Nachdienstes sollen Versuche gemacht werden.

Abg. Voegel (wider Antif.) fordert die Abschaffung des Straßportos. Die Postverwaltung mache sich eine Straßgewalt dabei an, die ihr nicht zustehe.

Staatssekretär v. Bobbielski erwidert, es handle sich nicht um eine Strafe, sondern um einen Zuschlag zu dem Porto, da unfrankierte Briefe der Post viel mehr Arbeit machen, als die frankierten.

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (konf.) gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem neuen Postzeitungsstarif eine baldige Verabreichung der Telephongebühren für die kleineren Städte ermöglichen werde. Der Titel wird darauf bewilligt.

Im Titel „Zeitungen“ sind 5 220 000 Mk. (250 000 Mk. mehr als im Vorjahre) eingestellt. Die Kommission (Ref. Abg. Paasche, nat.-lib.) beantragt Bewilligung. Das Haus tritt diesem Beschlusse ohne Debatte bei.

Die Einnahmen sind damit erledigt. — Bei dem Ausgabe-Titel „Staatssekretär“ hält zunächst

Abg. Lingens (Zentr.) eine Erweiterung der Sonntagsruhe für die Postbeamten befürwortende Rede. Er müsse anerkennen, daß schon viel in dieser Beziehung geschehen sei, aber es könne noch erheblich mehr gethan werden, namentlich im Interesse des katholischen Teils der Beamtenschaft.

Abg. Singer (soz.) schließt sich dem Wunsche des Vorredners an. Mit bekamen leider auch heute noch Postbeamte montatlang nicht die volle Sonntagsruhe; es sei daher an der Zeit, eine Enquete über die Durchführbarkeit der Bestimmungen über die Sonntagsruhe anzustellen. Redner verliest Verfügungen der Oberpostdirektoren zur Ausführung eines gegen die Zeitung der Postboten gerichteten Erlasses, deren einzelne Stellen von den Rechten mit Verfall aufgenommen worden. Redner bemerkt darauf, es sei erklärlich, daß den Herren diese kavaleriesche Behandlung der Unterbeamten gefalle, im Lande glaube man aber, diese Erlasse seien nur der Ausfluß der blöden Furcht vor dem Inhalt des Postboten, weil man eben die Wahrheit nicht hören wolle. In einem anderen Erlasse, in dem den Unterbeamten das Wohnen in Käufern verboten worden ist, in denen Arbeiter wohnen, bringe erst recht den Hochmut der Postverwaltung zum Ausdruck. könne man denn in höhnerer und verlesender Weise gegen die Unterbeamten vorgehen?

Abg. Schmitt: Ich kann nicht dulden, daß Sie in solchem Ton von der Postverwaltung sprechen. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

Abg. Singer bringt darauf die Strafverfolgung eines Postbeamten in Braunschweig zur Sprache, der 21 Jahre im Dienst gewesen, weil er zu Kollegen geäußert hatte: Wählt bloß, und weil seine Behörde, die das als „Wählt Bloß“ geäußert, ihn sozialdemokratischer unfittlicher Bestrebungen beschuldigte. Dies Urteil enthalte doch eine geschickte Verhüllung.

Abg. Schmitt rüft den Redner wegen dieses Wortes zum zweiten Male zur Ordnung und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Singer (soz.) schließt mit der Erwartung, daß das Urteil gegen den Beamten aufgehoben werden würde.

Staatssekretär v. Bobbielski erwidert, er könne die Angriffe des Vorredners einfach zurückweisen. Blöde Furcht könne er nicht. Er werde

keine Maßnahmen durchführen, ob der Reichstag veranlaßt sei oder nicht. Nun und immer werde er dulden, daß ein Sozialdemokrat Beamter bleibe. Er werde immer nur seine Pflicht thun, wenn er solche Leute aus den Reihen der Beamten entferne. Welchen Weg ich immer dabei gehe, ich bin mir bewußt, daß ich nicht gegen das Gesetz verstoße. Ich nehme aber selbst die Verantwortung für solche Maßnahmen auf mich, ich überlasse sie nicht den Behörden. Beamte, die sich vertrauenswürdig zeigen, die sich von dritten Personen beeinflussen lassen, können nicht länger gebildet werden. Es wird aber immer der Versuch gemacht, Agitationen in die Beamtenenschaft zu tragen. Das ist auch seitens des Verbandes der Postunterbeamten geschehen. Herr Singer hat den Postboten als Organ dieses Verbandes bezeichnet. Dies war einmal beantragt worden, der bezügliche Antrag ist jedoch vom Verbandsabgeordneten abgelehnt worden. Ich übernehme die volle Verantwortlichkeit auch für die Kündigung von Beamten, die aber nicht wegen der Zugehörigkeit zum Verbandsverband erfolgt ist, wenn es der Vorwärts fälschlich dargestellt hat, sondern wegen des Verlesens des Postboten. Daß sie auf diesen abnommiert waren, war durch einen Zufall herausgekommen. Verbotten hatte ich übrigens den Postboten nicht, ich habe nur vor ihm gewarnt, aber ich erwarte, daß meiner Warnung Folge gegen wird. Dem Postassistenten-Verband bin ich von Anfang an mit Wohlwollen entgegengetreten; um so mehr mußte es mich überraschen, daß dieser Verband einen wegen erheblicher dienstlicher Vergehen entlassenen Beamten zum Ehrenmitglied gewählt hat. Die Verbände mögen existieren, aber wenn sie gegen die Verwaltung vorgehen, dann löse ich nicht die Verbände auf, sondern ich verbiete die Mitgliedschaft.

Abg. v. Kardorff (freikons.) dankt dem Staatssekretär für seine entschiedene Sprache gegenüber den Sozialdemokraten. Lange habe man solche Sprache vom Bundesrat nicht mehr gehört. Hoffentlich nehmen sich die anderen Staatssekretäre diese Sprache zum Muster. In der großen Arme der Post müsse die Disziplin mit allen Mitteln aufrechterhalten werden. Bei den Sozialdemokraten fliegen die Genossen ja auch bei ganz geringen Anlässen heraus.

Abg. Werner (Antif.) wünscht baldige allgemeine Einführung einer leichten Sommerkleidung für die Beamten, und tritt dann für den oft zu Unrecht geschmähten Postassistenten-Verband ein, der nichts weiter bezwecke, als die wirtschaftliche Hebung der Mitglieder, unter Pflege der Treue zu Kaiser und Reich. Auch der Deutsche Postbote werde falsch beurteilt. Artikel sozialdemokratischer Tendenz seien in demselben nicht erschienen.

Darauf wird die Weiterberatung vertagt.

Preussischer Landtag.

Am Freitag setzte das Abgeordnetenhaus die zweite Staatsberatung fort und erledigte den Etat der Gestirnsverwaltung und in zweiter Lesung die Vorlage betr. Regelung der Synagogenverhältnisse in Frankfurt a. M. Darauf folgte in erster Beratung der Gesetzentwurf betr. die Fürsorge für Hinterbliebene von Volksschullehrern. Die Vorlage wurde von allen Parteien freundlich begrüßt. Abg. Ditrich (Ztr.) betonte bei dieser Gelegenheit die Notwendigkeit der Vorlegung eines Volksschulgesetzes. Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen.

Von Nah und Fern.

Sehingen. Es ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß der Kaiser diesen Herbst einige Tage auf seiner Stammburg Hohenzollern zubringen wird. Es wird davon gesprochen, daß die diesjährigen Kaisermandöver zwischen dem württembergischen und bairischen Armeekorps sich auf die hiesige Gegend erstrecken sollen und der Kaiser dann aus diesem Anlasse hier anwesend sein werde.

Lübeck. Nach 200jährigem Prozeß zwischen Mecklenburg und Lübeck sind letzterem die Hoheitsrechte über den Daffower See zuerkannt; da nachgewiesen ist, daß der See während des Prozesses ganze Landgebiete an sich gerissen, strengte Mecklenburg den Prozeß abermals an, weil Lübeck's Hoheitsrecht sich nur auf die eigentliche Tiefe des Sees, nicht auf das Ueberschwemmungsgebiet erstreckte.

Reveler. Ueber den gewaltigen Fremdenverkehr in dem bekannten niederrheinischen Walfahrtsort wird berichtet: Im Jahre 1898 trafen 231 510 Personen mit der Bahn ein; die zu Fuß angekommenen Besucher hinzugerechnet, ergibt sich eine Frequenz von 270 000—280 000. In Berücksichtigung dieses Verkehrs braucht man sich nicht zu wundern, daß das kleine Reveler alle modernen Einrichtungen einer Großstadt besitzt.

Am Vorabend der Hochzeit.

80] Roman von Helene Stöckl.
(Fortsetzung)

„Ja, Herr Präsident, den Zeugen aus Buenos Ayres,“ war die feierliche Antwort, die der Staatsanwalt gab.

Der Zeuge aus Buenos Ayres legte einen Brief von Dr. Baumann vor, in welchem dieser seine Absicht ausgesprochen, am 28. Juni 1885 abzureisen, um seine Stellung so bald wie möglich anzutreten, und wies ferner aus amtlichen Bescheinigungen des Konsulats nach, daß Doktor Baumann bis zum 3. August 1889, wo er, der Zeuge, Buenos Ayres verließ, um seine Angabe vor Gericht zu machen, seine Stellung an dem dortigen deutschen Hospital nicht angetreten hatte.

Jetzt aber trat ein Stillstand in der Verhandlung ein. Bierzehn Kohlenwagen und zwei Lokomotiven verzerrten mit ihren Trümmern den Schienenstrang von Neuborf und die Zeugen von dorther können vor fünf Uhr nicht eintriften. Demgemäß wird die Sitzung auf den nächsten Tag neun Uhr vertagt.

„Geben Sie einen Kalender vom vorigen Jahre bei der Hand?“ fragte Rechtsanwalt Hallberg seinen Kollegen Mellien, als er mit diesem den Gerichtsaal verließ. Als Mellien den Kalender brachte, zeigte es sich, daß der Mond vom 23. August 1886 fast gleich mit dem vom 28. Juni 1884 war.

„Wir wollen heute nacht auf die Brücke gehen,“ sagte Hallberg, „und uns durch eigene Anschauung davon überzeugen, ob das Mädchen

das, was es gesehen zu haben vorgibt, wirklich sehen konnte oder nicht.“

Um die festgesetzte Stunde trafen sie auf der Brücke zusammen, Rechtsanwalt Hallberg blieb auf derselben stehen, während sein Gefährte den Pfad bis zu den wiederholt von Käthe Kallas beschriebenen drei Weiden entlang ging. Dort gab er sich den Anschein, als würde er einen Gegenstand und als stieße er den leblosen Körper desselben in das Wasser. Der Mond stand voll über der Stadt und seine Strahlen beleuchteten den Platz am Fuße der drei Weidenbäume fast mit Tageshelle. Als Mellien zu Hallberg zurückkehrte, fand er denselben nachdenklich über das Geländer gelehnt, wie das Mädchen es in der Nacht gethan haben mochte.

„Sie konnte sehen,“ sagte er niedergeschlagen, „denn ich kann sehen. Wären Sie nach den Weidenbäumen hin, man kann jedes einzelne Blatt deutlich an ihnen unterscheiden. Das Mädchen hat die Wahrheit gesprochen.“

Mellien sah einen Augenblick lang aufmerksam nach den Weiden hin, dann stieß er plötzlich einen lauten Schrei der Ueberraschung und der Freude aus.

„Sie hat gelogen, Herr Kollege, sie hat gelogen! Und wir können es ihr beweisen!“

19.

Am nächsten Tage ist der Gerichtsaal womöglich noch mehr besetzt, als am Tage zuvor, denn obgleich die meisten der in der Gerichtspraxis erfahrenen Leute erklären, daß der Fall so gut wie entschieden sei und nichts mehr fehle

als der Spruch der Geschworenen, so will doch jedermann zugeben sein, wenn eben dieser Spruch über den jungen, reichen Gutsherrn gefällt wird. Heinrich von Lestow sieht noch angegriffener aus, als am Tage vorher, und der müde, atathische Blick, den er über die neugierige Menge schweifen läßt, wenn er sein Gesicht nicht in der Hand verbirgt, zeigt nur allzu deutlich, daß er selbst die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang der Verhandlung aufgegeben habe.

Die Zeugen aus Neuborf sind eingetroffen, sie werden beiseit und bezogen nacheinander Martha's Entführung, das in Umlauf gesetzte Gerücht von ihrem Tode und ihre geheime Heirat mit dem Angeklagten, obwohl Rechtsanwalt Hallberg eine nochmalige gewalttätige Anstrengung macht, diese Punkte von der Verhandlung auszuschließen. Er behält sich vor, noch einige Zeugen aufzurufen, und beginnt dann seine Verteidigungsrede.

„Wir haben hier,“ so sagt er nach den üblichen einleitenden Worten, „wir haben hier einen Mord vorliegen, aber ohne Ermordeten. Auch nicht der kleinste Teil eines Leichnams beweist, daß überhaupt ein Mord stattgefunden hat. Ich bitte Sie, meine Herren Geschworenen, diesen Umlauf fortwährend vor Augen zu behalten. Die Anklage beruht einzig und allein auf der durch nicht unterfertigten Aussage einer Zeugin und auf einer Reihe zufälliger Umstände. Ohne die Aussage der Zeugin würde die ganze Angelegenheit einfach in nichts zerfallen. Lassen wir nun die Beweise, welche die Umstände zu ergeben scheinen, einen nach dem andern an uns vorüberziehen. Sie sind eine Reihe von

Nullen, wie ich Ihnen darlegen zu können hoffe.

„Zunächst also: ein Gut ist aufgefunden worden, dessen Kreppe eine Beschädigung hat!“

„Wenn Sie diesen Saal verlassen, meine Herren Geschworenen, so bitte ich Sie, Ihre eigenen Hüte genau anschauen zu wollen, ob der eine oder der andere davon vielleicht einen nicht ganz unbeschädigten Rand hat, und sollte dies der Fall sein, so fragen Sie sich, ob eine solche Zufälligkeit wohl genügend wäre, um darauf die Anklage des Mordes gegen einen Ihrer Nebenmenschen zu erheben. Sie müssen zugeben, daß dies einfach lächerlich wäre. Wie leicht kann der Riß durch einen Stoß in einem Omnibus, durch einen Fall, ein Hängenbleiben, oder durch irgend einen der tausend kleinen Unfälle, die auf Reisen vorzukommen pflegen, entstanden sein!“

„Ich komme jetzt mit Bedauern auf jenen Teil der Anklage zu sprechen, der sich auf die geheime Heirat des Angeklagten bezieht. Der Herr Staatsanwalt hat es für gut befunden, den Namen einer Dame, den niemand ohne Achtung nennen kann, hier in die Verhandlung des Gerichtshofes hineinzuziehen. Zu welchem Zwecke?“

„Zum Beweise dafür, daß diese edle Frau einen Mordmörder heiratete, um ihn vor den Folgen seiner That zu schützen, — zum Beweise dafür, daß sie ihre reine, schuldlöse Hand in die von Freundesblut besetzte Hand eines feigen Mörders legte!“

„Der Mann, der dort zwischen Leben und Tod zittert, war öffentlich mit ihr verlobt und